

Unmoralischer Peitschenhieb

Champagner aus roten Pumps, öffentliche Küsse mit der RTL-Dschungelkönigin, Fettnäpfe in Mexiko: Für Hedonismus und Dekadenz ist der Regierende Bürgermeister schon seit seinem Amtsantritt 2002 bekannt. Nun aber hat Wowereit eine neue Stufe des moralischen Niedergangs erreicht.

Sein Grußwort in einer Werbebroschüre für ein Sado-Maso-Festival, in der sexuelle Gewaltakte propagiert und an Urinale



Henkel redet Klartext

gefesselte Männer abgebildet werden, ist mit der Amtswürde eines Regierenden Bürgermeisters unvereinbar. Nachdem eine Woge der Entrüstung über die Stadt schwappte, hätte man erwarten können, dass Wowereit von seinem Grußwort Abstand nimmt. Aber Einsicht oder Reue - Fehlanzeige. Stattdessen gibt es unverfrorene Sprüche. Über das SM-Festival sagte Wowereit der B.Z.: „So viele werden sowieso nicht dahingehen, das wird bei den meisten schon am Equipment scheitern.“ Der Regierende Bürgermeister verkennet offenbar die Tragweite seiner Äußerungen, oder sie ist ihm völlig egal. Als Oberhaupt der Stadt ist es eine seiner vorrangigen Aufgaben, einen gesellschaftlichen Wertekonsens zu finden und zu vertreten. Wowereit hingegen versucht, den Menschen fragwürdige Werte überzustülpen; Werte, die Sex und Gewalt in Einklang bringen. Die Mehrheit derjenigen, die die „pure Lebensfreude“ von Wowereit

ablehnen, wird pauschal als Spießler verunglimpft und mit der Toleranzkeule erschlagen. Dabei ist es der Regierende Bürgermeister, der keine Rücksicht auf gesellschaftliche Befindlichkeiten nimmt. Sind Brutalität und Unterdrückung Werte, die in unserer Gesellschaft konsensfähig sind? Wowereit hat eine Vorbildfunktion auch gegenüber Kindern und Jugendlichen; allein aus diesem Grund ist das Vorgehen des Bürgermeisters rücksichtslos und unverantwortlich.

Es ist auch zynisch, wenn man bedenkt, dass der Regierende Bürgermeister Wowereit gegen die Einführung eines Werte- und Religionsunterrichts ist. Klar ist: Wowereit gefährdet das Ansehen der Stadt und nimmt die negativen Folgen bewusst in Kauf. Mit Dekadenz und Sit-

tenlosigkeit lassen sich Massenarbeitslosigkeit und horrendere Verschuldung nicht kompensieren. Und hierfür steht Wowereit wie kaum ein anderer: Weit über 300.000 Arbeitslose in Berlin, 20 Mrd. neue Schulden in nur 4 Jahren. Eine Gefahr für Berlin sehen auch überregionale Leitmedien. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ schreibt: „Die Hauptstadt sieht er [Wowereit] als Bahnhofsviertel. Damit wird der Bürgermeister zum Problem. Wie will der oberste Repräsentant Berlins die Nation überzeugen, für die Hauptstadt Geld zu opfern, wenn er die Stadtkultur auf das Niveau einer RTL-2-Reality-Show degradiert?“ Wowereit muss endlich zur Besinnung kommen und sich den wirklichen Problemen der Stadt zuwenden: Arbeitslosigkeit, Bildungsmisere, Kriminalität, Schulden. 2002 sagte der Regierende Bürgermeister, er wolle „sparen, bis es quietscht.“ Ob er damit Anstand und das Geräusch von Gummi gemeint hat?

Wissen schafft Arbeitsplätze

Die Berliner Rundschau sprach mit der Spitzenkandidatin der Berliner CDU, Monika Grütters, über ihre persönlichen Ziele, ihren Wahlkampf und die Hauptstadtkultur.

Frau Grütters, als Spitzenkandidatin der Berliner CDU bewerben Sie sich auch um ein Direktmandat im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf. Was wollen Sie den Menschen dort vermitteln? Die CDU Deutschlands hat sich immer dafür eingesetzt, die Teilung unseres Vaterlandes in Frieden zu überwinden und Freiheit für alle Deutschen zu verwirklichen. In dieser Kontinuität steht auch meine Kandidatur für Marzahn-Hellersdorf. Ich werde mich dafür einsetzen, Trennendes zu überwinden und Gegensätze zu hinterfragen. Dabei ist es mir wichtig, dass wir unsere jeweils eigenen Identitäten bewahren und stolz auf unsere Lebensläufe sein können.

Sie haben sich im Berliner Abgeordnetenhaus vor allem einen Ruf als Wissenschafts- und Kulturexpertin erworben. Welche Bedeutung haben diese Bereiche für die Hauptstadt?

Meine Arbeit in meinem Wahlkreis in Marzahn-Hellersdorf ist Ausdruck der Überzeugung, dass in der deutschen Hauptstadt eben schneller zusammen-

wächst, was zusammen gehört. Das wird vor allem an dem unglaublichen Reichtum an kulturellen und Wissenschafts-Einrichtungen deutlich, die in Berlin seit der Wende allen zur Verfügung stehen. Auch in der Wissenschaft bietet Berlin die vielfäl-

ten wollen, müssen wir auf unseren wichtigsten Rohstoff setzen: unser Wissen. Unsere Universitäten müssen wieder führend in der Welt werden, anstatt wie durch PDS-Wissenschaftssenator Flierl ausgezehrt zu werden.

Wie können wir Deutsch-



Monika Grütters im Gespräch.

land wieder voranbringen? Das verpflichtet, das ist ein großartiges Angebot der Hauptstadt an die Republik. Und das soll auch mein Beitrag als Bundestagsabgeordnete von Berlin sein, die Chancen Berlins in Kultur und Wissenschaft zu betonen.

Können damit auch Arbeitsplätze geschaffen werden? Kunst und Kultur, Wissenschaft und Forschung sind gerade auch in Berlin entscheidende Faktoren zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen. Wenn wir im Wettstreit der Globalisierung mithal-

16 Jahr nach dem Mauerfall braucht Deutschland heute erneut eine Wende. Sieben Jahre Rot-Grün waren für Deutschland sieben verlorene Jahre. Nun gilt es, klare Verhältnisse zu schaffen, Hemmnisse und Blockaden zu beseitigen und eine Regierung zu wählen, die Deutschland wieder auf den richtigen Kurs bringt. Unser Land hat alle Möglichkeiten. Gemeinsam können wir Deutschlands Chancen nutzen. Lassen Sie uns am 18. September damit beginnen.

Bilanz von Rot-Grün fällt verheerend aus

Zwei Wochen, nachdem Angela Merkel ihr Kompetenzteam vorgestellt hat, hat die Union in allen wichtigen Sachfragen noch weiter an Kompetenz gewonnen.

54 Prozent der Bundesbürger sind der Meinung, dass CDU und CSU am ehesten den Wirtschaftsstandort Deutschland voranbringen können. Der SPD trauen dies nur 19 Prozent zu. Auch in der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik rangiert die Union

deutlich vor der SPD. Bei der Frage nach der Lösungskompetenz hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, ist die große Mehrheit



der Bevölkerung der Meinung, dass Schröder ver-

sagt hat (82 Prozent). Am deutlichsten kommt der Unmut in der Gruppe der 30-44-Jährigen zum Ausdruck: Hier sind sogar 88 Prozent der Meinung. Die Mehrheit der Bevölkerung hat den amtierenden Bundeskanzler aufgegeben: 51 Prozent der Befragten glauben nicht daran, dass Schröder nach der Bundestagswahl noch eine wichtige Rolle in der Politik zukommen wird. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl am 18. September bleibt die Union weiterhin die stärkste Kraft im Land, sowohl im Osten als auch im Westen.